

Liebe Leser,

die Leserbriefe, die uns gestern vorlagen, bezogen sich fast alle auf verschiedene Artikel. Das erschwert die Gestaltung des Layouts dieser Seite, wenn man keinen Fli-ckenteppich möchte. Die Mehrheit der Leserbriefe zu einem Artikel rückt meist als „Aufmacher“ an den obersten Platz. Heute haben wir vier Zuschriften zu vier verschiedenen Artikeln hier rechts unter dem Titel „Stimmung unter den Bauern“ zusammengefasst.



**Christian Vordemann**  
 Redaktion  
 Leserbriefe

# Stimmung unter den Bauern

**Sabine Dobel: „Bauernaufstand im Fackelschein“; Bayern 17. November, Claudia Möllers: „Der neue will keinen Genmais“, Interview mit Agrarminister Helmut Brunner; Bayern 14. November, Christian Ude: „Willkommen im Club!“, Donnerstagskolumne Politik 13. November und „Bei den Bauern gärt es“; Leserbriefe 11. November**

„Dümmer geht's nimmer! Anders als – vornehm ausgedrückt – dumm kann man die Forderung eines Anton Prechtl, ‚Bauernverband, nimm deinen Hut!‘ nicht bezeichnen. Vielleicht sollten er und seine russigen Kumpanen, soweit sie in ihrem blinden Hass noch dazu fähig sind, darüber nachdenken, was der Bauernverband für

alle Bauern, auch und gerade für die Milchbauern, erreicht hat. Was hat der BDM bis jetzt – außer Streit und Unfrieden in den Dörfern – erreicht?“

**Engelbert Schlittenbauer**  
 Maisach

„In diesem Artikel zeigt sich der neue Minister sehr naiv. Er verlangt von allen Vertretern des Berufsstandes (BBV und BDM), dass sie mit einer Zunge sprechen. Es wäre dasselbe, wenn wir verlangen: Die Linken und die Rechten in der Politik sollen mit einer Zunge sprechen. Sie wollen ja auch alle das Beste für den Wähler. Klartext ist also: Der Minister muss sich entscheiden, Will er die Politik des Bauernverbandes unterstützen, der für eine Öffnung des Weltmarktes plädiert? Weiter sinkende Erzeugerpreise sind

bei diesem Weg nicht zu vermeiden. Oder stellt er sich auf die Seite des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter, die im europäischen Markt des Angebot dem Verbrauch angleichen wollen, um kostendeckende Preise für den Erzeuger zu erwirtschaften?“

**Hartmuth Ebentheuer**  
 Peißenberg

„Herr Christian Ude tritt für faire Agrarpolitik ein. Ich wusste gar nicht, dass er BDM-Mitglied ist. Wir Milchbauern vertreten die gleichen Ziele durch verringerte Mengen unser Überleben und das der Kleinbauern in aller Welt zu sichern. Im Gegensatz dazu setzt sich der Büttel der Agrarindustrie, Bauernpräsident Sonnenleitner, dafür ein, die Mengen auszudehnen, um sie mit Subventionen in

der Dritten Welt abzusetzen. Dieses Verhalten zerstört nicht nur die Kleinbauern in aller Welt und führt zu Hunger nie gekanntes Ausmaßes, sondern vernichtet auch die Bauern in Bayern und Europa. Ich frage mich immer wieder, warum arbeitet ein Bauernpräsident für die Agrarindustrie? Steckt vielleicht Geld dahinter? Ich und der BDM würden uns freuen, wenn wir einen so prominenten Mitstreiter wie den Münchner Oberbürgermeister in unserer Mitte begrüßen könnten. Wann hören wir von Ihnen?“

**Alois Schmid**  
 Moorenweiss

„Eigentlich Verbündete, Verbraucher und Erzeuger. Jeder braucht den anderen. Der Erzeuger muss seine Ware los werden, denn er braucht das

Geld, der andere (Verbraucher) braucht die gesunde Ernährung zum Überleben. Der Verbraucher aber sollte schon darauf achten beim Kauf von Nahrungsmitteln, dass diese aus Deutschland kommen, denn nicht alle EU-Länder halten sich an Gesundheitsvorschriften für Ernährung. 2007 ernährte ein Landwirt 143 Mitbürger, diese aber keinen Landwirt mehr. Nach dem Kriege benötigte ein Bürger in Deutschland 50 % seines Verdienstes für Ernährung. Heute sind es kaum 7%. Der deutsche Bauer gibt unserem Volke Sicherheit auch in Krisenzeiten, und diese wird es geben, auch wenn es keine Kriege gibt. Der Erhalt der deutschen Landwirtschaft bietet Sicherheit für den Verbraucher.“

**Karl Rotter**  
 Pfaffenhofen

## MEINUNGEN IN KÜRZE

### Verbale Entgleisungen

**Bauern-Präsident**  
 „Mit Bestürzung musste ich die verbalen Entgleisungen einiger Berufskollegen gegenüber unserem BBV-Präsidenten Gerd Sonnenleitner zur Kenntnis nehmen. Es stimmt auch sehr traurig, dass ein Grundrecht unserer Verfassung mit Füßen getreten wird. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ich bekunde meine Solidarität mit Gerd Sonnenleitner, mit seiner Familie und bitte alle Berufskollegen, die guten Willens sind, diesem Treiben entschieden entgegenzutreten.“

**Andreas Dachs**  
 Gaißach

### Gedanken über andere Formen

**„Kooperationsschulen“**  
 „Ihr Schlusssatz in diesem Artikel hat mich besonders angesprochen, da ein ‚altes Konzept‘, im Moment vier Jahre alt, bei uns aus Lehrermangel auch nicht funktioniert. Am meisten stört, dass permanent neue Schulformen diskutiert werden, die man aber meistens nach ein paar Jahren links liegen lässt, sofern sie überhaupt zum Einsatz kommen. Es wäre doch durchaus sinnvoll, wir würden erst einmal die Schulen, die schon da sind, auf einen guten Status bringen, bevor wir uns über andere Formen Gedanken machen.“

**Claudia Krumpholtz**  
 Zorneding

### Nicht die Milchkuh schlachten

**„Erbe ist Einkommen“**  
 „Der Mittelstand ist eine solide Milchkuh. Sie durch eine unangemessene Erbschaftsteuer zu schlachten, wäre unverzeihlich.“

**Sebastian Springer**  
 Schalldorf

### Keine Lobby für Schafe

**„Bauer sucht Frau“**  
 „Die Begeisterung so vieler Fernsehzuschauer speziell für Schäfer Heinrich ist lächerlich und grotesk in Anbetracht dessen, wie geringschätzig ansonsten ein Großteil der Bevölkerung über Schafe und Schäfer denkt. Als Bär Bruno in Bayern und Österreich über 50 Schafe und Ziegen schwer verletzte und tötete, hatte kaum jemand Mitleid mit seinen zahlreichen Opfern – im Gegenteil, der Bär wurde geliebt und glorifiziert wie ein Heiliger. Ähnlich verhält sich die Hundelobby vom Englischen Garten: Da protestieren zahlreiche ‚Tierschützer‘ gegen den geplanten Leinenzwang – dass die Schafherde regelmäßig von freilaufenden Hunden attackiert wird, interessiert kaum jemand.“

**Angela Selmeier**  
 München

## MVV-Fälle

**Carina Lechner und Frederik Lang: „MVV-Rauswurf: Die Fälle häufen sich“; Bayern 15./16. November**

„Auch ich wäre fast in die MVV-Fälle getappt, wäre ich nicht durch die aktuelle Berichterstattung des Münchner Merkur aufmerksam gemacht worden. Da ich nicht so häufig den Münchner Verkehrsverbund benutze, war ich mir nicht mehr sicher, ob eine noch vorhandene Streifenkarte noch gültig ist oder ob der MVV mal wieder kassiert hat, ohne eine Leistung dafür erbracht zu haben. Eine Recherche auf den Internetseiten des MVV ergab zwar, dass inzwischen eine Streifenkarte teurer als der aufgedruckte Preis war, aber auch, dass die Karte noch bis zu drei Monate nach der Preiserhöhung

gültig ist. Allerdings war nirgends beim MVV herauszufinden, weder im Internet noch an den Bahnsteiginformationen, wann die letzte Preiserhöhung stattfand. Erst im Archiv der Zeitung konnte ich feststellen, dass die Gültigkeit seit zwei Wochen abgelaufen war. Die Erstattung ungültig gewordener Fahrkarten kommt meist nicht in Betracht, da der Aufwand dafür durch Fahrkosten zur Erstattungsstelle bzw. Portokosten und durch die Bearbeitungsgebühr unverhältnismäßig groß ist. Der angebliche enorme finanzielle Verlust des MVV, zumindest durch die unabsichtlichen Schwarzfahrer, dürfte sich dadurch in Grenzen halten, wenn nicht sogar einen Gewinn für den MVV darstellen.“

**Christof Kettner**  
 Heimstetten



### Wellenakrobat

Wir haben die Herbstferien noch einmal genutzt, um ans Meer zu fahren. Unser 10-jähriger Sohn Jakob ist ein begeisterter Kitesurfer und so konnte er vor dem Winter bei akzeptablen

Wassertemperaturen um die 19°C in der Bucht von Talamone (Toskana) noch übers Wasser düsen. Das Bild zeigt Jakob, im Hintergrund das toskanische Städtchen Talamone. Anja Kiebler aus Thanning.

## Erhöhte Vorsicht bei Wildwechsel

**„Wildunfälle: Wie Gerichte urteilen“; Geld & Markt 11. November**

„Für solche Urteile sollten generell nur Richter tätig sein, die sich mit Wildtieren auskennen. Das Bundesgerichtshof-Grundsatzurteil kann so nicht unkritisiert bleiben. Beim Auftreten von Wildtieren auf einer Fahrbahn in Sekundenbruchteilen Entscheidungen zu verlangen, ist un-

möglich. Sekundenbruchteile genügen einem Kraftfahrer beim plötzlichen Auftauchen eines Wildtieres vor seinem Fahrzeug nicht, um festzustellen, was für ein Tier er vor sich hat und entsprechend reagieren zu können. Am allerwenigsten in der Dunkelheit. Selbstverständlich ist beim Erscheinen des Verkehrszeichens ‚Wildwechsel‘ erhöhte Vorsicht, ganz besonders bei Dunkelheit. Für

die Handlungsweise eines Kraftfahrers ist aber grundsätzlich die Entfernung zu dem Wildtier entscheidend, was in dem Urteil nicht angeführt wurde. Schrecksekunden sind wie bei allen Ereignissen im Straßenverkehr vorhanden und daher in Entscheidungen einzubeziehen.“

**Richard Rehm**  
 Polizeioberkommissar a. D. und 50 Jahre Jäger Oberammergau

**Martin Prem: „Schritt in die falsche Richtung“; Kommentar 17. November**

„Von jedem einfachen Bürger wird erwartet, dass er für schlechtere Zeiten, die können aus vielfältigen Gründen kommen, einen Notgroschen zurücklegt. Als mein Mann starb, bekam ich erst nach drei Monaten die erste Witwenrente. Es musste ja vorher angefragt werden, ob ich ir-

gendwo bei einer öffentlichen Instanz noch Schulden hätte. Viele Betriebe hatten jetzt eine Reihe von guten Jahren hinter sich. Das machte sich bei den Beschäftigten der oberen Etagen durch üppige Boni und Sonderzahlungen bemerkbar. Bei den Tarifbeschäftigten wurde dafür um Zehntelcents gekämpft. Dann soll man doch erst mal in den Vorstandsetagen mit dem Klingelbeutel herumgehen,

um die ersten finanziellen Schwierigkeiten abzufangen. Im nächsten Jahr ist Bundestagswahl. Da werden noch viele ‚Entscheidungssträger‘ aus der Wirtschaft am Bundeskanzleramt anknöpfen und sehr dezent um Hilfe bitten. Sie haben ja auch immer den Parteien Geld gespendet, um sich Vorteile im Lande zu verschaffen.“

**Ingeburg Neuhauser**  
 Weilheim

## Christian Udes Pirouetten

**Christian Ude: „Willkommen im Club!“, Donnerstagskolumne Politik 13. November**

„Interesse an einer differenzierten Auseinandersetzung und Analyse mit der Finanzmarktkrise konnte man von den beiden Briefe schreiben, intellektuellen Populisten Gauweiler und Ude nicht erwarten. Dennoch überraschen und amüsieren besonders die Pirouetten von Chris-

tian Ude, der mit den üblichen Schlagworten (Turbo-Kapitalismus, Heuschrecken etc.) beginnt und später dann doch zugestehen muss, dass nicht nur sehr viele Arbeitsplätze, sondern der ganze Wohlstand in München und die guten Finanzen der Stadt auf die großen Exporterfolge Münchner Unternehmen in der Welt zurückzuführen sind. Gravierende Fehlentscheidungen und auch Fehlverhalten in der Finanzwelt

hat es natürlich gegeben. Höchst problematisch ist dabei, dass normale Marktaktionen (Insolvenzen) durch den Staat außer Kraft gesetzt werden mussten, um Schlimmeres zu verhindern. Aber der Blick auf individuelles Fehlverhalten reicht nicht aus. Soziale Marktwirtschaft, also Neo- oder Ordoliberalismus, verlangt vom Staat einen Ordnungsrahmen und natürlich auch eine verantwortungsbewusste Geldpolitik.

Die Ursachen der Finanzmarktkrise und das Staatsvergehen sind in drei Bereichen festzustellen: Die amerikanische Notenbank hat durch eine Politik des ‚leichten‘ Geldes mit extrem niedrigen Zinsen eine Überliquidität geschaffen. In Verbindung mit dem politischen Wunsch, dass sich jeder (auch jene, die es sich nicht leisten können und das alles bei einer Sparquote von 0 %) ein Haus oder eine Wohnung kaufen soll,

führte dies zu einer Immobilien- und Finanzblase, die die ganze Welt erfasst hat. Zusätzlich kommt die Tendenz in der Wirtschaft, alles mit sehr geringen Eigenkapitalanteilen zu finanzieren. Die Bankenaufsicht hat nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland versagt. Das Ausgliedern von Risiken in Einzelgesellschaften hätte die Bankenaufsicht erfassen können und müssen. Zudem stellt diese Geschäftspolitik

teilweise auch eine geradezu betrügerische Verschleierung des Managements zu Lasten der Eigentümer dar. Die Blindheit der Ratingagenturen stellt ein Problem dar: die Verquickung und mangelnde Unabhängigkeit von Ratingagenturen gegenüber Banken. Hier ist der Staat gefordert, Transparenz herzustellen und Sanktionen vorzusehen.“

**Dr. Michael Mattar**  
 Fraktionsvorsitzender der FDP, München

## Loslassen

**Caroline Wörmann: „Kein Kaktus für Haderthauer“; München kompakt 14. November**

„Die Ex-Ministerin Christa Stewens kann es nicht lassen. Beim ersten Pflegestammtisch mit Christine Haderthauer, erst zehn Tage und überraschend im Amt, wollte sie es ihrer Nachfolgerin wohl noch zeigen. Haderthauer hatte Recht, am Anfang erst überwiegend zuzuhören. Das spricht für sie. Dauermonolo-

ge lenken nur ab. Warum nicht loslassen? Jährlich müssen das viele Tausende andere auch. Die dreißigjährige junge Christa Stewens braucht sich dennoch nicht als Frührentnerin zu fühlen. Ein wunder Punkt für sie? Als CSU-Kreisvorsitzende in Ebersberg und als Landtagsabgeordnete könnte sie nun – lange offen gebliebene – Baustellen beenden.“

**Dr. Hubert Bauer**  
 CSU-Marktgemeinderat Markt Schwaben

## Ohne die USA

**„Medwedew für ‚Null-Lösung‘; Politik 14. November**

„Diese ‚Null-Lösung‘ von Russland dürfte vielen Strategen in Washington recht unangelegen kommen. Kratz diese doch an dem (wichtig) aufgebauten Image des angeblichen bösen Russlands. Es ist schon mehr als beschämend, dass Brüssel innerhalb der EU weniger zu sagen hat, als die USA und dieses sinnlose Abwehrsystem nicht verbietet. Wenn die USA unbedingt

Krieg spielen wollen, dann bitte allein daheim. Ihre ganzen Militär-Standorte können sie dann auch gleich mitnehmen. Europa ist auf den Schutz Amerikas nicht (mehr) angewiesen, sondern sollte selbst entscheiden und die Chance des friedlichen Europas nutzen. Es kann doch nicht sein, dass von dem Gründungsgeanken der Europäischen Union nichts mehr übrig geblieben ist?“

**Alex Breitenbach**  
 Garmisch

## Lohn-Statistik

**„Beim Lohn liegen Frauen zurück“; Titelseite 15./16. November**

„Seit Jahren hört man, dass Frauen weniger verdienen als Männer. Ich finde das sehr ungerecht und konnte das auch gar nicht verstehen, zumal bei Angestellten nach BAT (Bundesangestellten-Tarif) und wohl auch bei Beamten kein Unterschied nach dem Geschlecht gemacht wird. In dem genannten Zeitungsartikel erfährt man nun,

dass die geringere Entlohnung der Frauen im Wesentlichen durch die Berufswahl und die Teilzeitarbeit bedingt sei. Die Unterbezahlung der Frauen hängt somit nicht von einer geschlechtsbedingten Einstufung ab, sondern ergibt sich aus der Statistik. Da fällt mir die Quiz-Frage ein: Warum fressen die weißen Schafe mehr als die schwarzen? – Weil es mehr weiße als schwarze Schafe gibt.“

**Dr.-Ing. Helmut Künzel**  
 Valley

### Schreiben Sie uns

Wir legen Wert auf Ihre Meinung. Ihre Zuschriften sollten sich auf jüngste Veröffentlichungen in dieser Zeitung beziehen, Ihren vollständigen Namen, Anschrift und Telefonnummer tragen und nicht zu lang sein.

**Münchner Merkur  
 Paul-Heysel-Straße 2-4  
 80336 München**

**SMS: 01 60 / 97 00 27 10**

**E-Mail: leserbriefe@merkur-online.de**